



Bundesverband der
implantologisch
tätigen Zahnärzte
in Europa

European
Association of
Dental
Implantologists

Presseinformation

Appell an Patienten: Bei Zahnfleischbluten die Paro-Behandlung noch in diesem Jahr starten

Geplante Budgetierung für zahnärztliche Leistungen in 2023 gefährdet Patienten-Behandlung

9. September 2022

Der Bundesverband der implantologisch tätigen Zahnärzte in Europa (BDIZ EDI) fordert die Patientinnen und Patienten auf, notwendige Parodontitis-Behandlung noch in diesem Jahr zu beginnen. Der Grund: Im nächsten Jahr könnte eine systematische Behandlung von Parodontitis und anderer Parodontalerkrankungen durch Kürzungen verunmöglicht werden.

Schuld ist das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, mit dem er ab 1. Januar 2023 die Budgetierung der vertragszahnärztlichen Leistungen einführen will. Dabei geht es um die Beschränkung des Anstiegs der Punktwerte für das Jahr 2023 und für 2024 und eine Begrenzung der Gesamtausgaben für zahnärztliche Behandlungen. 460 Millionen Euro würden so für die Behandlung der Patientinnen und Patienten in Deutschland fehlen.

Der Behandlungsbedarf in Deutschland ist nachgewiesen hoch: Jeder zweite Erwachsene leidet an einer behandlungsbedürftigen Parodontitis. Das erst im Vorjahr in die Gesetzliche Krankenversicherung eingeführte Präventionskonzept ist massiv gefährdet. Mit ihm soll die Volkskrankheit Parodontitis systematisch und mit großen Erfolgsaussichten behandelt werden. Bis Ende 2022 stehen dafür unbegrenzt Mittel zur Verfügung, die mit Einführung der Budgetierung begrenzt werden sollen.

Dazu BDIZ EDI-Präsident Christian Berger: „Es gibt viele Gründe für Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie deren Patientinnen und Patienten gegen das geplante Kostendämpfungsgesetz vorzugehen. Stark gestiegene Hygienekosten, Nachwuchsprobleme bei der Niederlassung aufgrund von Bürokratie und hohen Kosten, steigende Personalkosten, um nur einige zu nennen. Für uns Implantologen ist ein wichtiger Grund, dass wir bei akuter und chronischer Parodontalerkrankung die Implantate nicht einsetzen können. Zuerst muss die Parodontitis behandelt sein!“

Das erfolgversprechende neue Präventionskonzept stellt ein Meilenstein in der Parodontitis-Therapie dar und basiert auf einer systematischen und langfristig angelegten Behandlung. Unbehandelt verursacht die Parodontitis hingegen Zahnverlust und steht im Zusammenhang mit schweren Allgemeinerkrankungen im Bereich Herz-Kreislauf und Diabetes mellitus. „Mit der Budgetierung im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz wird dieser neue Therapieansatz ad absurdum geführt“, sagt Christian Berger.

Der BDIZ EDI steht an der Seite von Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung (KZBV) und Deutscher Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) in ihrer Kritik am geplanten Gesetz. Derzeit laufen Unterschriftenaktionen, Protestaktionen und eine Petition gegen die Kürzungen, die massiv die Zahnärztinnen und Zahnärzte und damit die Patientinnen und Patienten in Deutschland betreffen.

Für Rückfragen: Anita Wuttke, Pressereferentin des BDIZ EDI, Tel. 089/720 69 888, E-Mail wuttke@bdizedi.org

Der Bundesverband der implantologisch tätigen Zahnärzte in Europa (BDIZ EDI) ist ein zahnärztlicher Berufsverband mit europaweit rd. 5.800 Mitgliedern. Kernaufgaben sind die professionelle Unterstützung seiner Mitglieder in Fragen des Rechts und der privat-zahnärztlichen Abrechnung sowie die hochkarätige Fortbildung im implantatchirurgischen und implantatprothetischen Bereich. Der BDIZ EDI übernimmt häufig die Vorreiterrolle, wenn es darum geht, Gesetze und Verordnungen für Zahnärzte zu hinterfragen.

BDIZ EDI
Mühlenstr. 18
D-51143 Köln
GERMANY

Fon: +49-2203-8009 339
Fax: +49-2203-9168 822
office@bdizedi.org
www.bdizedi.org